

Wahlkampf – Renate Künast setzt bei ihrem Auftritt in Reutlingen hauptsächlich auf Kritik an der Kanzlerin

»Merkel simuliert Politik nur«

VON EMANUEL K. SCHÜRER

REUTLINGEN. »Es ist noch alles offen. 40 Prozent der Wähler entscheiden sich erst in den letzten Tagen.« Renate Künast, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, will sich nicht lange mit Wahl-Arithmetik beschäftigen. Auch der Zustand der SPD ist für die selbstbewusste und mitunter auch selbstironische Berliner Powerfrau (»Ich bin 57. Ich weiß, ich sehe jünger aus.«) derzeit kein Thema. Am Dienstag kam Künast zum Wahlkampfauftakt ihrer Parteifreundin und Parlamentskollegin Beate Müller-Gemmeke nach Reutlingen. Künast konzentriert sich derzeit bei öffentlichen Auftritten und Pressegesprächen neben dem grünen Programm vor allem auf Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Diese, so Künast bei ihrem Parforce-Ritt durch die Palette politischer Themen, erhebe »das Schweigen zum Kult« und sei »in den entscheidenden Punkten untätig«. Dabei gebe es so viel zu tun. Es dürfe einer Regierungschefin nicht nur um Sympathiewerte gehen. Künast: »Wenn's um Nettigkeit ginge, würde ich meine Nachbarin als Kanzlerin vorschlagen. Die ist auch nett.«



Renate Künast, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag (mit Zwiebeln), traf zum Wahlkampfauftakt von Beate Müller-Gemmeke in der Reutlinger Markthalle den Bäcker Heiner Beck (links) und den Gärtner Joachim Hespeler. FOTO: NIETHAMMER

Auch zum aktuellen Spionageskandal habe die Kanzlerin noch nicht Stellung genommen. »Es kann doch nicht sein, dass da Bürger und Institutionen ausgespäht werden, als seien sie Feinde. Das ist eine Frage der Ehre, Würde und der Akzeptanz. So kann man nicht mit sich umgehen lassen.« Auch in Unternehmen gebe es große Unruhe. Die studierte Juristin: »Wir führen uns selbst mit dem Datenschutz ad absurdum, wenn wir den Amerikanern und Briten sagen: Macht mal. Das höhlt das Recht in Deutschland und der EU aus.« Künast forderte, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen EU und den USA unter diesen Umständen erst einmal auszusetzen. Notfalls müsse auch das sogenannte Safe-Harbor-Abkommen, eine Datenschutzvereinbarung zwischen der EU und den USA außer Kraft gesetzt werden. Dieses Abkommen ist die rechtliche Grundlage für die Übertragung vieler Daten ins EU-Ausland. Die Kanzlerin solle dem ehemaligen US-Geheimdienstler Edward Snowden einen sicheren Aufenthalt – »kein Asyl« – gewähren. »Merkel simuliert Politik nur«, sagte Künast dann auch in ihrer Wahlkampfreden im voll besetzten Reutlinger Café Nepomuk.

Die Kanzlerin propagiere die Energiewende, »aber es passiert nichts«. Bei der Frauenquote, »sagt Ministerin Schröder so, und Ministerin von der Leyen so. Passieren tut nichts.« Ähnliches stellt die grüne Spitzenfrau in Sachen Mindestlohn fest. Statt 8,50 Euro flächendeckend spreche sich Angela Merkel für eine »branchenspezifisch und regionale Lohnuntergrenze« aus. Die Kanzlerin »tut so, als wäre sie christlich, aber die Rüstungsexporte nehmen immer mehr zu und gehen in immer wildere Länder«. Künasts Fazit angesichts der gegenwärtigen Regierung: »Immer nur Worte, aber keine Taten.« Das gelte im Übrigen auch in Sachen Energie: »Merkel beklagt zu hohe Stromkosten nur, statt etwas zu ändern.«

Die Grünen ihrerseits fühlten sich für den Wahlkampf »gut aufgestellt«, seien selbstbewusst und hätten »in den vergangenen Jahren viel gerechnet«. Sie setzen nach Angaben ihrer Spitzenfrau im Wahlkampf vor allem auf die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, auf Gerechtigkeit und auf Modernisierung der Gesellschaft. Dazu diene auch die geplante Änderung der Einkommenssteuersätze, bei der die Steuern für 90 Prozent der Bundesbürger sänken und für zehn Prozent erhöht würden, so Künast. Der Spitzensteuersatz liege dann immer noch vier Prozentpunkte unter demjenigen zur Zeit Kanzler Kohls. So könne man zum Beispiel ausreichend »Kindergartenplätze guter Qualität« und Ganztagschulen finanzieren, sodass »Frauen erwerbstätig sein können und abgesicherter sind«. Sehr konkret ist auch Künasts Forderung nach Zuschüssen statt Krediten für Wärmedämmung. Sonst würden die Mieten zu hoch. Der Emissionshandel könne dafür durchaus mehr Geld einbringen. Auf die Publikumsfrage nach der Haltung der Bundes-Grünen zu »Stuttgart 21« machte Künast den Tiefbahnhofsgegnern wenig Hoffnung. Man müsse sich an das Ergebnis des Volksentscheids halten, sagte sie. Zudem werde es nach einer gewonnenen Bundestagswahl schwierig, der Deutschen Bahn nachzuweisen, dass ein Abbruch der Arbeiten dann billiger wäre als der Weiterbau. (GEA)